

Amtsblatt
der Bayerischen Staatsministerien
für Unterricht und Kultus
und Wissenschaft, Forschung und Kunst

Teil I

Nummer 12	Ausgegeben in München am 29. Juni 2007	Jahrgang 2007
------------------	---	----------------------

Inhalt

	Seite		Seite
I. Rechtsvorschriften		II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst	
Verordnung über abweichende Regelungen vom Bayerischen Hochschulgesetz an der Ludwig-Maximilians-Universität München	194	Übersicht über mittlere Schulabschlüsse an öffentlichen und staatlich anerkannten Schulen	207
Verordnung über abweichende Regelungen vom Bayerischen Hochschulgesetz an der Universität Augsburg	197	Aufgaben des Fachberaters für den Ethikunterricht an Gymnasien	209
Verordnung über abweichende Regelungen vom Bayerischen Hochschulgesetz an der Universität Bayreuth	200	Hilfsmittel bei der Anfertigung von schriftlichen Leistungsnachweisen an bayerischen Gymnasien	210
Verordnung über abweichende Regelungen vom Bayerischen Hochschulgesetz an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg	202	Zulassung von Lernmitteln	211
Verordnung über abweichende Regelungen vom Bayerischen Hochschulgesetz an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg	204	III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen	—
Verordnung über abweichende Regelungen vom Bayerischen Hochschulgesetz an der Universität Regensburg	205		

I. Rechtsvorschriften

2210-2-13-WFK

Verordnung über abweichende Regelungen vom Bayerischen Hochschulgesetz an der Ludwig-Maximilians-Universität München Vom 23. Mai 2007 (GVBl S. 361)

Auf Grund des Art. 106 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), geändert durch Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 320), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung trifft für die Ludwig-Maximilians-Universität München abweichende Regelungen von Bestimmungen des Bayerischen Hochschulgesetzes.

§ 2

Zuständigkeiten der Hochschulleitung

Abweichend von Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 11 und Art. 73 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 BayHSchG stellt die Hochschulleitung den Körperschaftshaushalt fest.

§ 3

Vertretung des Präsidenten oder der Präsidentin

Abweichend von Art. 21 Abs. 9 BayHSchG kann die Grundordnung festlegen, dass, falls ein weiteres gewähltes Mitglied der Hochschulleitung hauptberuflich tätig ist, dieses Mitglied die ständige Vertretung des Präsidenten oder der Präsidentin wahrnimmt und dass dem Kanzler oder der Kanzlerin die Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten einschließlich Haushalts-, Bau- und Personalangelegenheiten als Geschäftsbereich übertragen werden.

§ 4

Senat

¹Abweichend von Art. 25 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG gehören dem Senat an:

1. zehn Vertreter und Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG),
2. zwei Vertreter und Vertreterinnen der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG),

3. zwei Vertreter und Vertreterinnen der sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG),

4. zwei Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden und

5. die Frauenbeauftragte der Universität sowie ihre ständige Vertreterin.

²Ergänzend zu Art. 25 Abs. 1 Satz 3 BayHSchG kann die Grundordnung festlegen, dass dem Senat nicht mehr als drei Vertreter und Vertreterinnen aus den sich jeweils aus mehreren Fakultäten zusammensetzenden und in der Grundordnung bezeichneten Fächergruppen angehören. ³Ergänzend zu Art. 25 Abs. 4 Satz 1 BayHSchG kann die Grundordnung ständige zentrale Ausschüsse des Senats vorsehen und insbesondere deren Bildung, Zusammensetzung und Aufgaben regeln. ⁴Abweichend von Art. 73 Abs. 6 Satz 2 BayHSchG ist die Rechnung über die Ausführung des Körperschaftshaushalts dem Senat vorzulegen, der die Entlastung erteilt.

§ 5

Hochschulrat

¹Abweichend von Art. 26 Abs. 1 Nr. 1 BayHSchG gehören dem Hochschulrat acht gewählte Mitglieder des Senats (Art. 25 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 BayHSchG in Verbindung mit § 4 Satz 1 Nrn. 1 bis 4), die aus der Mitte des Senats entsandt werden, im Verhältnis 5:1:1:1 der in Art. 25 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG genannten Mitgliedergruppen an. ²Das Nähere regelt die Grundordnung.

§ 6

Fakultätsrat

Ergänzend zu Art. 31 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BayHSchG kann die Grundordnung festlegen, dass in dem Fall, in dem dem Fakultätsrat die doppelte Zahl von Vertretern oder Vertreterinnen nach Art. 31 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 4 bis 7 BayHSchG angehört, dem Fakultätsrat auch die ständige Vertreterin der Frauenbeauftragten der Fakultät angehört.

§ 7

Fakultätsvorstand

Abweichend von Art. 19 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 2 BayHSchG kann die Grundordnung festlegen, dass

dem Fakultätsvorstand auch die Frauenbeauftragte der Fakultät angehört.

§ 8

Mitwirkung der Studierenden, Studierendenvertretung

(1) Abweichend von Art. 52 Abs. 2 bis 7 BayHSchG wirken die Studierenden in der Hochschule durch folgende Gremien der Studierendenvertretungen mit:

1. die Fachschaftsvertretungen,
2. die Fakultätskonvente,
3. den Konvent der Fachschaften und
4. die Geschäftsführung.

(2) ¹In den Fakultäten werden für die Studierenden näher verwandter Fächer nach Maßgabe der Grundordnung Fachschaften gebildet, für die von den Studierenden jeweils eine Fachschaftsvertretung gewählt wird. ²Die Fachschaftsvertretung nimmt die fachbezogenen Angelegenheiten der Studierenden wahr; Art. 52 Abs. 5 Satz 7 BayHSchG gilt entsprechend.

(3) ¹Die aus den innerhalb der jeweiligen Fakultäten gebildeten Fachschaftsvertretungen entsandten Vertreter und Vertreterinnen bilden die Fakultätskonvente. ²Ist an einer Fakultät nur eine Fachschaftsvertretung gebildet, übernimmt diese auch die Aufgaben des Fakultätskonvents. ³Abweichend von Art. 38 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG wählt der Fakultätskonvent aus der Mitte der ihm zugehörigen Fachschaftsvertretungen die Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im Fakultätsrat (Art. 31 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 BayHSchG). ⁴Der Fakultätskonvent schlägt die Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden in den Ausschüssen nach Art. 31 Abs. 3 BayHSchG vor.

(4) ¹Die aus den Fachschaftsvertretungen entsandten Vertreter und Vertreterinnen bilden den Konvent der Fachschaften. ²Der Konvent der Fachschaften nimmt an Stelle des studentischen Konvents und des Sprecher- und Sprecherinnenrats die in Art. 52 Abs. 4 Satz 1 BayHSchG aufgeführten Aufgaben wahr. ³Die Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden in den Hochschulorganen sind an Beschlüsse oder Weisungen des Konvents der Fachschaften nicht gebunden.

(5) ¹Der Konvent der Fachschaften wählt eine Geschäftsführung, die die Beschlüsse des Konvents der Fachschaften ausführt. ²Die laufenden Angelegenheiten können der Geschäftsführung zur selbstständigen Erledigung übertragen werden. ³Die Geschäftsführung hat gegenüber dem Konvent der Fachschaften Bericht über seine Tätigkeit, insbesondere über die Verwendung der Haushaltsmittel, zu erstatten; der Konvent der Fachschaften kann hierüber beraten.

(6) ¹Die Rechte und Pflichten der Hochschulleitung, insbesondere nach Art. 20 Abs. 3 Sätze 1 und 2 BayHSchG, erstrecken sich auch auf die Gremien der Studierendenvertretungen. ²Die Hochschulleitung ist außerdem berechtigt, bei rechtswidrigen Maßnahmen dieser Gremien die nach Art. 53 BayHSchG in Verbindung mit § 9 zur Verfügung gestellten Haushalts-

mittel ganz oder teilweise einzuziehen oder anzuordnen, dass Zahlungsanweisungen nicht ausgeführt werden.

(7) ¹Die Grundordnung regelt das Nähere, insbesondere über das Zusammentreten, die Beschlussfassung und die laufenden Arbeiten der Gremien der Studierendenvertretungen. ²Für die Wahlen der Fachschaftsvertretungen gelten die Regelungen der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) vom 16. Juni 2006 (GVBl S. 338, BayRS 2210-1-1-2-WFK) entsprechend, sofern die Grundordnung nichts anderes regelt.

§ 9

Finanzierung, Studierendenvertretung

(1) ¹Abweichend von Art. 53 Abs. 1 BayHSchG werden im Rahmen des staatlichen Haushalts Mittel für Zwecke des Konvents der Fachschaften und der Fachschaftsvertretungen zur Verfügung gestellt. ²Die Verwaltung der Hochschule wacht darüber, dass die Haushaltsmittel unter den Empfangsberechtigten nach Satz 1 entsprechend den Erfordernissen nach § 8 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 4 Satz 2 verteilt werden; dabei soll der Schwerpunkt bei den Fachschaftsvertretungen liegen, denen die Mittel unmittelbar zugewiesen werden. ³Die Fachschaftsvertretungen und der Konvent der Fachschaften stellen vor Beginn des Haushaltsjahres jeweils Übersichten der voraussichtlichen Ausgaben auf, die rechtzeitig der Hochschulleitung vorzulegen sind.

(2) ¹Abweichend von Art. 53 Abs. 2 BayHSchG benennen die Fachschaftsvertretungen und der Konvent der Fachschaften für eine bestimmte Zeitdauer der Hochschulleitung ein oder zwei Mitglieder, welche die Befugnis zur sachlichen und rechnerischen Feststellung der Auszahlungsbelege erhalten. ²Die Verwaltung der Hochschule prüft, ob die zu leistenden Auszahlungen der Zweckbindung und den Aufgaben nach § 8 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 4 Satz 2 entsprechen, und ordnet die Auszahlung an, wenn keine Bedenken bestehen. ³Im Zweifelsfall sind die Zahlungsanordnungen der Hochschulleitung zur Entscheidung nach § 8 Abs. 6 Satz 2 vorzulegen.

§ 10

Übergangsregelung

Art. 98 und 99 BayHSchG bleiben unberührt.

§ 11

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) ¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 2007 in Kraft. ²Sie tritt mit Ablauf des 30. September 2013 außer Kraft.

(2) ¹Die Verordnung über das Leitungsgremium und den Hochschulrat der Ludwig-Maximilians-Universität München vom 25. November 1998 (GVBl S. 981, BayRS 2210-2-12-WFK), zuletzt geändert durch § 6 der Verordnung vom 16. Juni 2006 (GVBl

S. 347), tritt mit Ausnahme des § 3 mit Ablauf des 31. März 2007 außer Kraft. ²Dieser § 3 tritt mit Ablauf des 30. September 2007 außer Kraft.

München, den 23. Mai 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

KWMBI I 2007 S. 194

2210-2-18-WFK

**Verordnung
über abweichende Regelungen
vom Bayerischen Hochschulgesetz
an der Universität Augsburg**

Vom 23. Mai 2007 (GVBl S. 364)

Auf Grund des Art. 106 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), geändert durch Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 320), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung trifft für die Universität Augsburg abweichende Regelungen von Bestimmungen des Bayerischen Hochschulgesetzes.

§ 2

Organe und Organisationseinheiten

¹Abweichend von Art. 19 Abs. 1 BayHSchG erhalten die Hochschulleitung die Bezeichnung Universitätsleitung und der Hochschulrat die Bezeichnung Universitätsrat. ²Abweichend von Art. 19 Abs. 1 BayHSchG sind zentrale Organe der Hochschule

1. die Universitätsleitung,
2. die Erweiterte Universitätsleitung und
3. der Universitätsrat.

§ 3

Auswahlkommission für die Präsidentenwahl

(1) Abweichend von Art. 21 Abs. 1 Satz 3 BayHSchG erstellt eine von der Erweiterten Universitätsleitung und vom Universitätsrat eingesetzte Auswahlkommission den Wahlvorschlag.

(2) Der Auswahlkommission gehören an:

1. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen von jeder Fakultät,
2. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
3. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Gruppe der

wissenschaftsstützenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,

4. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Gruppe der Studierenden und
5. die Frauenbeauftragte.

§ 4

Erweiterte Universitätsleitung

(1) ¹Abweichend von Art. 24 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG gehören der Erweiterten Universitätsleitung folgende Mitglieder an:

1. die stimmberechtigten Mitglieder der Universitätsleitung,
2. die Dekane und Dekaninnen der Fakultäten,
3. drei Vertreter oder Vertreterinnen der Gruppe der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen, wobei die Katholisch-Theologische Fakultät mit der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät und der Philologisch-Historischen Fakultät, die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät mit der Juristischen Fakultät und die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät mit der Fakultät für Angewandte Informatik jeweils einen Wissenschaftsbereich bilden und den gewählten Vertreter oder die gewählte Vertreterin dieses Wissenschaftsbereichs in die Erweiterte Universitätsleitung entsenden,
4. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
5. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Gruppe der wissenschaftsstützenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
6. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Gruppe der Studierenden und
7. die Frauenbeauftragte.

²Die gewählten Vertreter oder Vertreterinnen nach Satz 1 Nrn. 3 bis 6 sind mit den Vertretern oder Vertreterinnen nach § 5 Nrn. 1 bis 4 identisch. ³Für die Wahl der Vertreter oder Vertreterinnen nach Satz 1 Nrn. 3 bis 6 gelten die Vorschriften der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) vom 16. Juni 2006 (GVBl S. 338, BayRS 2210-1-1-2-WFK) entsprechend.

(2) ¹Abweichend von Art. 24 Abs. 3 BayHSchG nimmt die Erweiterte Universitätsleitung nicht nur die dort genannten Aufgaben wahr, sondern auch alle Aufgaben, die der Senat nach dem Bayerischen Hochschulgesetz oder anderen Rechtsvorschriften wahrzunehmen hat. ²Für die Vorbereitung der nach dem Bayerischen Hochschulgesetz und anderen Rechtsvorschriften dem Senat obliegenden Angelegenheiten kann die Erweiterte Universitätsleitung einen vorbereitenden Ausschuss bilden, der mit den gewählten Vertretern und Vertreterinnen nach Abs. 1 Satz 1 Nrn. 3 bis 6 und der Frauenbeauftragten zu besetzen ist.

(3) Art. 25 BayHSchG findet für die Organisationsstruktur der Universität keine Anwendung.

§ 5

Universitätsrat

¹Abweichend von Art. 26 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG gehören dem Universitätsrat an:

1. drei Vertreter oder Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen (§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3),
2. ein Vertreter oder eine Vertreterin der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4),
3. ein Vertreter oder eine Vertreterin der wissenschaftsstützenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5),
4. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Studierenden (§ 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6) und
5. sechs Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur sowie aus Wirtschaft und beruflicher Praxis.

²Abweichend von Art. 26 Abs. 4 Satz 2 BayHSchG wählt der Hochschulrat den stellvertretenden Vorsitzenden oder die stellvertretende Vorsitzende aus der Mitte der hochschulangehörigen Mitglieder; das Nähere regelt die Grundordnung.

§ 6

Kompetenzzentren

¹Abweichend von Art. 19 Abs. 5 Satz 3 BayHSchG werden die Kompetenzzentren der Universität Augsburg kollegial von einem Vorstand geleitet. ²Als Mitglied des Vorstands kann neben Hochschullehrern und Hochschullehrerinnen auch ein anderes Mitglied der zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen vorgeschlagen und von der Universitätsleitung bestellt werden.

§ 7

Studierendenvertretung

(1) Abweichend von Art. 52 Abs. 2 bis 5 BayHSchG sind Organe der Studierendenvertretung:

1. der Studentische Konvent,

2. der Fachschaftenrat,
3. der Sprecher- und Sprecherinnenrat,
4. die Fachschaftsvertretungen,
5. die Studentische Universitätsvollversammlung,
6. der Ältestenrat und
7. der Allgemeine Studierendenausschuss.

(2) ¹Die Studentische Universitätsvollversammlung gemäß Abs. 1 Nr. 5 besteht aus allen Studierenden der Universität Augsburg. ²Sie beschließt über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung für die Studierenden, insbesondere kann sie Beschlüsse des Studentischen Konvents und des Allgemeinen Studierendenausschusses aufheben oder ändern. ³Sie wird vom Allgemeinen Studierendenausschuss in Zusammenarbeit mit den Fachschaftsvertretungen mindestens einmal im Semester einberufen. ⁴Näheres zur Einberufung, zur Beschlussfassung und zum Vorsitz regelt die Grundordnung.

(3) ¹Der Ältestenrat gemäß Abs. 1 Nr. 6 ist ein zur Neutralität verpflichtetes Kontroll- und Schlichtungsorgan. ²Er besteht aus dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden und vier Beisitzern oder Beisitzerinnen. ³Die Mitglieder des Ältestenrats werden einzeln mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Studentischen Konvents gewählt. ⁴Die Mitglieder des Ältestenrats sollen ehemalige Mitglieder der Organe der Studierendenvertretung sein und dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder eines anderen Organs der Studierendenvertretung sein. ⁵Näheres über Aufgaben und Befugnisse des Ältestenrats regelt die Grundordnung.

(4) ¹Der Allgemeine Studierendenausschuss gemäß Abs. 1 Nr. 7 ist das Exekutivorgan der Studierenden. ²Er besteht aus dem oder der ersten Vorsitzenden, dem oder der zweiten Vorsitzenden, dem oder der dritten Vorsitzenden, der zugleich Finanzreferent oder die zugleich Finanzreferentin ist, dem Referenten oder der Referentin für Hochschulpolitik, dem Referenten oder der Referentin für Soziales, dem Referenten oder der Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und dem Referenten oder der Referentin für Kultur. ³Mit Zustimmung des Studentischen Konvents können weitere Referate gebildet und mit Referenten oder Referentinnen besetzt werden oder mehrere Referate von einem Referenten oder einer Referentin wahrgenommen werden. ⁴Die Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses werden aus der Mitte des Studentischen Konvents mit der Mehrheit der Mitglieder des Studentischen Konvents in dessen konstituierender Sitzung gewählt. ⁵Näheres zur Durchführung der Wahlen sowie über Aufgaben und Befugnisse des Allgemeinen Studierendenausschusses regelt die Grundordnung.

(5) Art. 52 Abs. 6 BayHSchG ist auf die Organe nach Abs. 1 Nrn. 5 bis 7 entsprechend anzuwenden.

§ 8

Übergangsregelung

Art. 98 und 99 BayHSchG bleiben unberührt.

§ 9

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 2007 in Kraft. ²Sie tritt mit Ablauf des 30. September 2013 außer Kraft.

München, den 23. Mai 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

2210-2-19-WFK

**Verordnung
über abweichende Regelungen
vom Bayerischen Hochschulgesetz
an der Universität Bayreuth**

Vom 23. Mai 2007 (GVBl S. 367)

Auf Grund des Art. 106 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), geändert durch Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 320), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung trifft für die Universität Bayreuth abweichende Regelungen von Bestimmungen des Bayerischen Hochschulgesetzes.

§ 2

Erweiterte Hochschulleitung

Abweichend von Art. 24 BayHSchG wird eine Erweiterte Hochschulleitung nicht gebildet.

§ 3

Wahl und Abwahl
des Präsidenten oder der Präsidentin

(1) ¹Abweichend von Art. 21 Abs. 1 Satz 1 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG wird der Präsident oder die Präsidentin von Senat und Hochschulrat in gemeinsamer Sitzung in getrennten Wahlgängen gewählt. ²Erhält in zwei Wahlgängen keiner der Kandidaten die nach der Grundordnung erforderliche Mehrheit im Senat und im Hochschulrat, so wird der Präsident oder die Präsidentin vom Hochschulrat in einem dritten Wahlgang gewählt.

(2) Abweichend von Art. 21 Abs. 3 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG gilt für die Abwahl des Präsidenten das in Abs. 1 geregelte Verfahren entsprechend; erforderlich ist jeweils eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder von Senat und Hochschulrat.

§ 4

Wahl und Abwahl
der Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentinnen

(1) Abweichend von Art. 22 Abs. 1 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG gilt für die Wahl der Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentinnen das Verfahren nach § 3 Abs. 1 entsprechend.

(2) Abweichend von Art. 22 Abs. 2 Satz 3 und Art. 26

Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG gilt für die Abwahl der Vizepräsidenten oder der Vizepräsidentinnen das Verfahren nach § 3 Abs. 2 entsprechend.

§ 5

Senat

(1) ¹Abweichend von Art. 25 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG gehören dem Senat an:

1. fünf Vertreter und Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG),
2. zwei Vertreter und Vertreterinnen der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG),
3. ein Vertreter oder eine Vertreterin der sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG),
4. zwei Vertreter oder zwei Vertreterinnen der Studierenden,
5. die Frauenbeauftragte der Hochschule,
6. die Dekane oder Dekaninnen der Fakultäten und
7. der Präsident oder die Präsidentin als Mitglied ohne Stimmrecht.

²Für die Wahl und die Amtszeit der Mitglieder des Senats nach Satz 1 Nrn. 1 bis 4 gelten die Vorschriften der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) vom 16. Juni 2006 (GVBl S. 338, BayRS 2210-1-1-2-WFK) entsprechend.

(2) ¹Abweichend von Art. 25 Abs. 2 BayHSchG führt den Vorsitz im Senat der Präsident oder die Präsidentin. ²Abweichend von Art. 21 Abs. 1 Satz 3 BayHSchG tritt an die Stelle des Vorsitzenden oder der Vorsitzenden des Senats seine oder ihre Stellvertretung.

(3) Abweichend von Art. 25 Abs. 4 Satz 1 BayHSchG bedarf die Einsetzung beratender Ausschüsse des Einvernehmens der Hochschulleitung.

§ 6

Hochschulrat

(1) Abweichend von Art. 26 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG gehören dem Hochschulrat an:

1. drei Vertreter und Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen,

2. ein Vertreter oder eine Vertreterin der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
3. ein Vertreter oder eine Vertreterin der Studierenden und
4. fünf Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur und insbesondere aus Wirtschaft und beruflicher Praxis (nicht hochschulangehörige Mitglieder).

(2) ¹Die hochschulangehörigen Mitglieder des Hochschulrats nach Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 dürfen nicht zugleich Mitglieder des Senats sein. ²Für ihre Wahl und Amtszeit gelten §§ 2 bis 19 BayHSchWO entsprechend. ³Der Hochschulrat wählt abweichend von Art. 26 Abs. 4 Satz 2 BayHSchG aus der Mitte der hochschulangehörigen Mitglieder den stellvertretenden Vorsitzenden oder die stellvertretende Vorsitzende; das Nähere regelt die Grundordnung.

§ 7

Aufgaben der zentralen Organe

(1) Abweichend von Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG beschließt über die Grundordnung und deren Änderungen sowie über Anträge auf Erlass einer Rechtsverordnung nach Art. 106 Abs. 2 BayHSchG der Senat auf Vorschlag der Hochschulleitung und nach Anhörung des Hochschulrats.

(2) ¹Abweichend von Art. 24 Abs. 3 Nr. 2 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 5 BayHSchG stellt die Hochschulleitung den Entwicklungsplan unter Einbeziehung der Entwicklungspläne der Fakultäten auf, schreibt ihn fort und legt ihn dem Senat und dem Hochschulrat zur Beschlussfassung in gemeinsamer Sitzung vor. ²Für die Beschlussfassung gilt das Verfahren nach § 3 Abs. 1 entsprechend.

(3) Abweichend von Art. 24 Abs. 3 Nr. 3 BayHSchG beschließt die Hochschulleitung Vorschläge für die Bestimmung von Forschungsschwerpunkten und die Einrichtung von Sonderforschungsbereichen, Graduiertenkollegs und entsprechenden Einrichtungen; Art. 25 Abs. 3 Nr. 3 BayHSchG bleibt unberührt.

(4) Die Entscheidung nach Art. 24 Abs. 3 Nr. 4 BayHSchG trifft die Hochschulleitung nach Anhörung des Senats.

(5) Abweichend von Art. 24 Abs. 3 Nr. 5 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6 BayHSchG beschließt der Hochschulrat auf Antrag der Hochschulleitung und nach Zustimmung des Senats über Vorschläge zur Gliederung der Hochschule in Fakultäten.

(6) Abweichend von Art. 25 Abs. 3 Nr. 4 und Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 7 BayHSchG beschließt der Senat nach Stellungnahme des Hochschulrats über die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen; Art. 57 Abs. 3 BayHSchG bleibt unberührt.

§ 8

Dekan, Dekanin

Abweichend von Art. 28 Abs. 1 Satz 2 BayHSchG er-

folgt der Wahlvorschlag im Benehmen mit der Hochschulleitung.

§ 9

Studierendenvertretung

(1) ¹Abweichend von Art. 52 Abs. 2 Satz 1 BayHSchG gehören dem Studentischen Konvent an:

1. die Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im Senat und im Hochschulrat,
2. aus den Fachschaften jeweils der Fachschaftssprecher oder die Fachschaftssprecherin oder seine oder ihre Stellvertretung sowie ein weiteres Mitglied der Fachschaft und
3. zwölf weitere gewählte Vertreter oder Vertreterinnen der Studierenden.

²Die Vertreter oder Vertreterinnen nach Satz 1 Nr. 2 werden von den Fachschaften nach deren Wahl benannt; nicht benannt werden kann ein Fachschaftsvertreter, der bereits Vertreter oder eine Fachschaftsvertreterin, die bereits Vertreterin der Studierenden im Senat oder im Hochschulrat und zugleich einer oder eine der zwölf weiteren gewählten Vertreter oder Vertreterinnen der Studierenden ist.

(2) Abweichend von Art. 52 Abs. 3 Satz 2 BayHSchG werden die fünf Mitglieder des Sprecher- und Sprecherinnenrats vom studentischen Konvent gewählt.

(3) ¹Abweichend von Art. 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 BayHSchG wird ein Fachschaftenrat nicht gebildet. ²Abweichend von Art. 53 Abs. 1 Satz 4 BayHSchG wird die Übersicht über die voraussichtlichen Ausgaben vor der Vorlage an die Hochschulleitung mit der Mehrheit des studentischen Konvents verabschiedet.

§ 10

Übergangsregelung

Art. 98 und 99 BayHSchG bleiben unberührt.

§ 11

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 2007 in Kraft. ²Sie tritt mit Ablauf des 30. September 2013 außer Kraft.

München, den 23. Mai 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

2210-2-20-WFK

**Verordnung
über abweichende Regelungen
vom Bayerischen Hochschulgesetz
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Vom 31. Mai 2007 (GVBl S. 374)**

Auf Grund des Art. 106 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), geändert durch Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 320), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung trifft für die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg abweichende Regelungen von den Bestimmungen des Bayerischen Hochschulgesetzes.

§ 2

Senat

(1) ¹Abweichend von Art. 38 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG werden die Vertreter und Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen im Senat in der Weise bestimmt, dass von der Gesamtheit der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen der Universität aus jeder Fakultät ein Vertreter oder eine Vertreterin gewählt wird. ²Abweichend von Art. 38 Abs. 1 Satz 2 BayHSchG ist wählbar, wer der Fakultät, aus der der Vertreter oder die Vertreterin der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen zu wählen ist, als Erstmitglied angehört. ³§ 3 Abs. 1 Satz 1 der Wahlordnung für die staatlichen Hochschulen (BayHSchWO) vom 16. Juni 2006 (GVBl S. 338, BayRS 2210-1-1-2-WFK) findet keine Anwendung; Näheres über die Wahl regelt die Grundordnung.

(2) ¹Abweichend von Art. 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BayHSchG gehört dem Senat ein weiterer Vertreter oder eine weitere Vertreterin der Studierenden mit beratender Stimme an. ²Das Mitglied nach Art. 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BayHSchG wird im Verhinderungsfall durch das Mitglied nach Satz 1 vertreten.

(3) ¹Abweichend von Art. 38 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG werden die Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden im Senat vom Studentischen Konvent aus dessen Mitte gewählt. ²§ 1 Abs. 1 Nr. 1 BayHSchWO findet auf diese Wahl keine Anwendung; Näheres über die Wahl regelt die Grundordnung.

§ 3

Fakultäten

(1) Die Fakultäten sind mit Ausnahme der Medizinischen Fakultät in Departments gegliedert; das Nähere regelt die Grundordnung.

(2) ¹Die Fakultäten werden jeweils von einem Fakultätsvorstand geleitet, der sich abweichend von Art. 19 Abs. 4 Satz 3 BayHSchG zusammensetzt aus:

1. dem Dekan oder der Dekanin als Vorsitzendem oder als Vorsitzender,
2. den Sprechern und Sprecherinnen der Departments und
3. dem Studiendekan oder der Studiendekanin sowie den weiteren Studiendekanen und Studiendekaninnen.

²Dem Fakultätsvorstand kann zusätzlich ein Professor oder eine Professorin der Fakultät, der nicht Sprecher oder die nicht Sprecherin eines Departments ist, als Prodekan oder Prodekanin angehören.

³Dem Fakultätsvorstand der Medizinischen Fakultät gehören statt der Sprecher und Sprecherinnen der Departments die Prodekane und Prodekaninnen an; Art. 34 Abs. 2 Satz 6 BayHSchG bleibt unberührt.

§ 4

Fachbereich Theologie

(1) Innerhalb der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie besteht ein Department für Evangelische Theologie, das die Bezeichnung „Fachbereich Theologie“ führt.

(2) Abweichend von Art. 29 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG gehört der Sprecher oder die Sprecherin des Fachbereichs Theologie dem Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät und Fachbereich Theologie als Prodekan oder Prodekanin an, wenn der Dekan oder die Dekanin nicht Mitglied des Fachbereichs Theologie ist.

(3) ¹Abweichend von Art. 62 Abs. 2 und Art. 65 BayHSchG nimmt der Fachbereich Theologie bei Hochschulprüfungen (einschließlich Habilitationen), die zu theologischen akademischen Graden oder zur Feststellung einer entsprechenden Lehrbefähigung führen, die Aufgaben einer evangelisch-theologischen Fakultät an der Universität Erlangen-Nürnberg wahr. ²Das Nähere regeln die Prüfungsordnungen einschließlich der Habilitationsordnung; diese hat vorzusehen, dass der Fachbereich Theologie abweichend von Art. 65 BayHSchG ein Prüfungsorgan bildet, das die Aufgaben des Fakultätsrats wahrnimmt.

§ 5

Vertretung der Studierenden

(1) Dem Studentischen Konvent gehören abweichend von Art. 52 Abs. 2 Satz 1 BayHSchG an:

1. zwei Mitglieder aus jeder Fachschaftsvertretung, die von ihr auf der konstituierenden Sitzung für die Dauer eines Studienjahres bestimmt werden, und
2. weitere Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden entsprechend der Zahl nach Nr. 1, die von den Studierenden gewählt werden.

(2) Die vier Mitglieder, die mit dem Vertreter oder der Vertreterin der Studierenden im Senat gemäß Art. 25 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BayHSchG den Sprecher- und Sprecherinnenrat bilden, werden abweichend von Art. 52 Abs. 3 Satz 2 BayHSchG vom Studentischen Konvent aus dessen Mitte gewählt.

(3) Ein Fachschaftenrat wird abweichend von Art. 52 Abs. 2 Satz 2 BayHSchG nicht gebildet.

(4) Eine dem Sprecher- und Sprecherinnenrat vorsitzende Person wird abweichend von Art. 52 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 2 BayHSchG nicht gewählt.

(5) ¹Bei der Wahl der Vertreter und Vertreterinnen der Studierenden zum Studentischen Konvent, zu den Fakultätsräten und zu den Fachschaftsvertretungen ist es abweichend von Art. 38 Abs. 1 BayHSchG und § 11 Abs. 4 Satz 3 Halbsatz 1 BayHSchWO zulässig, die zustehende Stimmenzahl auf mehr als einen Wahlvorschlag aufzuteilen. ²Das Nähere regelt die Grundordnung.

§ 6

Übergangsregelung

Art. 98 und 99 BayHSchG bleiben unberührt.

§ 7

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 2007 in Kraft. ²Sie tritt mit Ablauf des 30. September 2013 außer Kraft.

München, den 31. Mai 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

2210-2-22-WFK

**Verordnung
über abweichende Regelungen
vom Bayerischen Hochschulgesetz
an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Vom 31. Mai 2007 (GVBl S. 376)**

Auf Grund des Art. 106 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), geändert durch Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 320), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung trifft für die Julius-Maximilians-Universität Würzburg abweichende Regelungen von den Bestimmungen des Bayerischen Hochschulgesetzes.

§ 2

Sprecher- und Sprecherinnenrat

¹Abweichend von Art. 52 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BayHSchG besteht der Sprecher- und Sprecherinnenrat aus sieben Personen, von denen drei vom studentischen Konvent und drei vom Fachschaftenrat gewählt werden. ²Näheres über die Wahl regelt die Grundordnung.

§ 3

Übergangsregelung

Art. 99 BayHSchG bleibt unberührt.

§ 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 2007 in Kraft. ²Sie tritt mit Ablauf des 30. September 2013 außer Kraft.

München, den 31. Mai 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

2210-2-21-WFK

**Verordnung
über abweichende Regelungen
vom Bayerischen Hochschulgesetz
an der Universität Regensburg**

Vom 1. Juni 2007 (GVBl S. 382)

Auf Grund des Art. 106 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), geändert durch Art. 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 320), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Geltungsbereich

Diese Verordnung trifft für die Universität Regensburg abweichende Regelungen von Bestimmungen des Bayerischen Hochschulgesetzes.

§ 2

Zusammensetzung des Senats

(1) Abweichend von Art. 25 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 4 BayHSchG gehören dem Senat an:

1. zehn Vertreter oder Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 BayHSchG),
2. zwei Vertreter oder Vertreterinnen der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG),
3. zwei Vertreter oder Vertreterinnen der sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 BayHSchG),
4. drei Vertreter oder Vertreterinnen der Studierenden.

(2) Abweichend von Art. 38 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG werden die Vertreter oder Vertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen im Senat in der Weise bestimmt, dass von der Gesamtheit der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen der Universität

1. vier Vertreter oder Vertreterinnen der Katholisch-Theologischen Fakultät und der Philosophischen Fakultäten I bis IV,
2. zwei Vertreter oder Vertreterinnen der Juristischen Fakultät und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät sowie
3. vier Vertreter oder Vertreterinnen der Medizinischen Fakultät und der Naturwissenschaftlichen Fakultäten I bis IV

gewählt werden.

§ 3

Zusammensetzung des Hochschulrats

(1) ¹Abweichend von Art. 26 Abs. 1 Satz 1 BayHSchG gehören dem Hochschulrat an:

1. drei Senatsvertreter oder Senatsvertreterinnen der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen, von denen jeder oder jede einer anderen Fakultät angehören muss,
2. ein Senatsvertreter oder eine Senatsvertreterin der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
3. ein Senatsvertreter oder eine Senatsvertreterin der Studierenden,
4. – mit beratender Stimme – ein Senatsvertreter oder eine Senatsvertreterin der sonstigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen,
5. fünf Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur und insbesondere aus Wirtschaft und beruflicher Praxis.

²Die Senatsvertreter oder Senatsvertreterinnen im Hochschulrat werden auf Vorschlag der jeweiligen Gruppenvertreter oder Gruppenvertreterinnen durch den Senat für die Amtszeit des Senats gewählt.

(2) Abweichend von Art. 26 Abs. 1 Satz 2 BayHSchG können Persönlichkeiten, die am 1. Juni 2006 bereits Honorarprofessoren oder Honorarprofessorinnen, Ehrensenatoren oder Ehrensenatorinnen oder Ehrenmitglieder der Hochschule waren, sowie Kuratoriumsmitglieder der Hochschule, die nicht Mitglieder des Bayerischen Landtags sind, Mitglieder des Hochschulrats gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 5 dieser Verordnung sein.

§ 4

Forschungsdekan, Forschungsdekanin

¹Ergänzend zu Art. 28 bis 30 BayHSchG kann das Amt des Forschungsdekans oder der Forschungsdekanin mit folgenden Aufgaben vorgesehen werden: Hinwirken auf die Koordination der wissenschaftlichen Aktivitäten der Fakultät im Hinblick auf die von der Universität angestrebte Profilbildung, Unterstützung und Beratung der Fakultät bei der Stellung von Drittmittelansuchen sowie Wahrnehmung der Interessen der Fakultät bei der Verteilung von forschungsbezogenen Mitteln. ²Die Grundordnung regelt die durchzuführenden Wahlen.

§ 5

Fakultätsvorstand der Medizinischen Fakultät

Abweichend von Art. 19 Abs. 4 Satz 3 und Art. 34 Abs. 2 Satz 6 BayHSchG gehört dem Fakultätsvorstand der Medizinischen Fakultät auch der Forschungsdekan oder die Forschungsdekanin an.

§ 6

Mitwirkung der Studierenden,
Studierendenvertretung

(1) Abweichend von Art. 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayHSchG können die Mitglieder des Fachschaffensrats im studentischen Konvent durch Beschluss der jeweiligen Fachschaft durch ein anderes Mitglied der Fachschaft ersetzt werden.

(2) Abweichend von Art. 52 Abs. 3 Satz 2 BayHSchG besteht der Sprecher- und Sprecherinnenrat aus zwei Sprechern oder Sprecherinnen sowie höchstens vier Referenten oder Referentinnen, die sämtlich nach Maßgabe der Grundordnung aus dem Kreis der Studierenden gewählt werden.

(3) ¹Der studentische Konvent und der Sprecher- und Sprecherinnenrat können die Aufgaben gemäß Art. 52 Abs. 4 BayHSchG zusätzlich auch anderen Gremien der Studierendenvertretung übertragen. ²Die Aufgaben des studentischen Konvents können sich auch auf grundsätzliche Angelegenheiten der Arbeit der Studierendenvertretung erstrecken.

§ 7

Übergangsregelungen

Art. 98 und 99 BayHSchG bleiben unberührt.

§ 8

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 2007 in Kraft. ²Sie tritt mit Ablauf des 30. September 2013 außer Kraft.

München, den 1. Juni 2007

Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Dr. Thomas Goppel
Staatsminister

II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2230.1.1.3-UK

Übersicht über mittlere Schulabschlüsse an öffentlichen und staatlich anerkannten Schulen

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 30. April 2007 Az.: V.2-S 6520-5.11 738

1. Der mittlere Schulabschluss wird nach Art. 25 Abs. 1 Satz 1 BayEUG durch das Abschlusszeugnis der Realschule nachgewiesen.
2. Der mittlere Schulabschluss wird nach Art. 25 Abs. 1 Satz 2 BayEUG ferner nachgewiesen durch
 - 2.1 das Abschlusszeugnis der 10. Klasse der Hauptschule gemäß Art. 7 Abs. 7 Satz 3 BayEUG,
 - 2.2 das Zeugnis über den qualifizierten beruflichen Bildungsabschluss gemäß Art. 7 Abs. 8 Satz 1 BayEUG,
 - 2.3 das Abschlusszeugnis der Berufsschule gemäß Art. 11 Abs. 2 Satz 2 BayEUG,
 - 2.4 das Abschlusszeugnis beziehungsweise, wo es dieses nicht gibt, das Jahreszeugnis des letzten Schuljahres der Berufsfachschule gemäß Art. 13 Satz 4 BayEUG,
 - 2.5 das Zeugnis der Berufsschule oder der Berufsfachschule über den mittleren Schulabschluss,
 - 2.6 das Abschlusszeugnis der Wirtschaftsschule gemäß Art. 14 Abs. 2 Satz 3 BayEUG,
 - 2.7 das Jahreszeugnis der Vorklasse (bis 2006 der Vorstufe) der Berufsoberschule gemäß Art. 17 Abs. 2 Satz 4 BayEUG.
3. Der mittlere Schulabschluss wird außerdem nachgewiesen durch
 - 3.1 das Abschlusszeugnis der ehemaligen Freiwilligen 10. Klasse der Hauptschule (Schulversuch gemäß Bekanntmachung vom 16. Februar 1994 (KWMBI I S. 70); Art. 7 Abs. 8 Satz 2 BayEUG in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Juli 1994 (GVBl S. 689), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juli 1997 (GVBl S. 352)),
 - 3.2 das von einer Berufsschule oder einer Berufsfachschule ausgestellte Zeugnis über den qualifizierten beruflichen Bildungsabschluss für Absolventen, die ihre Ausbildung vor dem 1. August 1994 abgeschlossen und die bis dahin gel-

tenden Zuerkennungsvoraussetzungen für diesen Abschluss erworben haben,

- 3.3 das Zeugnis der Fachschulreife einer Berufsaufbauschule.
4. Den Nachweis eines mittleren Schulabschlusses schließen nach Art. 25 Abs. 2 BayEUG ein
 - 4.1 das Jahreszeugnis der Jahrgangsstufe 10 eines Gymnasiums mit Vorrückungserlaubnis in die Jahrgangsstufe 11 (Oberstufenreife),
 - 4.2 das Zeugnis der Fachschulreife einer bayerischen Fachschule,
 - 4.3 das Zeugnis einer bayerischen Fachschule, das den Fachschulreifevermerk enthält,
 - 4.4 das Abschlusszeugnis des Zuges A der früheren gewerblichen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Berufsfachschulen,
 - 4.5 das Abschlusszeugnis des Fachschulreifelehrgangs einer Bundeswehrfachschule oder Bundesgrenzschutzfachschule,
 - 4.6 das Abschlusszeugnis des früheren Telekollegs I nach § 16 Abs. 3 der Prüfungsordnung für das Telekolleg I vom 20. März 1973 (GVBl S. 135), geändert durch Verordnung vom 8. September 1976 (GVBl S. 418).
5. Nach Art. 25 Abs. 3 Satz 2 BayEUG gelten allgemein als gleichwertig einem in Nr. 1 oder Nr. 2 genannten Zeugnis
 - 5.1 das Jahreszeugnis der Jahrgangsstufe 10 des Gymnasiums in Verbindung mit der Bescheinigung eines Gymnasiums (bis 1992 eines Ministerialbeauftragten für die Gymnasien, von 1993 bis 2004 eines Ministerialbeauftragten für die Realschulen) über die erfolgreich abgelegte Besondere Prüfung (§ 88 der Gymnasialschulordnung beziehungsweise § 75 der Realschulordnung),
 - 5.2 das Jahreszeugnis der Jahrgangsstufe 2 des Abendgymnasiums für Berufstätige in Verbindung mit der Bescheinigung eines Gymnasiums (bis 1992 eines Ministerialbeauftragten für die Gymnasien, von 1993 bis 2004 eines Ministerialbeauftragten für die Realschulen) über die erfolgreich abgelegte Besondere Prüfung (§ 48 Abs. 4 der Schulordnung für die Abendgymnasien in Verbindung mit § 88 der Gymnasialschulordnung beziehungsweise § 75 der Realschulordnung),

- 5.3 das Zeugnis eines Abendgymnasiums für Berufstätige über den Ausbildungsabschnitt III/2, wenn in allen nach § 26 der Schulordnung für die Abendgymnasien in Bayern (AGSO) verpflichtend zu belegenden Fächern im Zeugnis über den Ausbildungsabschnitt III/2 jeweils mindestens 5 Punkte der einfachen Wertung erzielt wurden,
- 5.4 die Bestätigung eines Gymnasiums über die in Jahrgangsstufe 11 bestandene Probezeit in Verbindung mit dem Jahreszeugnis der Jahrgangsstufe 10 bei Vorrücken auf Probe oder dem Zwischenzeugnis der Jahrgangsstufe 11 bei Eintritt nach bestandener Aufnahmeprüfung,
- 5.5 die Bescheinigung eines Gymnasiums über die erfolgreich abgelegte Feststellungsprüfung nach dem Leistungsstand der Jahrgangsstufe 10 des Gymnasiums, ausgestellt bis einschließlich 1993 (§ 88 der Gymnasialschulordnung in der bis zum 31. Juli 1993 gültigen Fassung),
- 5.6 das Abschlusszeugnis des Realschullehrgangs an einer Bundeswehrfachschule gemäß Bekanntmachung vom 7. Dezember 1967 (KMBI S. 783) in Verbindung mit der Urkunde gemäß Anlage 2 zur Bekanntmachung,
- 5.7 das Zeugnis über den erfolgreichen Abschluss der Jahrgangsstufe 5 der Höheren Schule an einer Europäischen Schule,
- 5.8 das Abschlusszeugnis einer mindestens einjährigen bayerischen Fachschule mit staatlicher Abschlussprüfung,
- 5.9 ein Jahreszeugnis der Jahrgangsstufe I des Kollegs in Verbindung mit der Bescheinigung eines Gymnasiums (bis 2004 eines Ministerialbeauftragten für die Realschulen) über die erfolgreich abgelegte Besondere Prüfung,
- 5.10 das Zeugnis über den Ausbildungsabschnitt II/2 des Kollegs, das für alle gemäß § 26 KSO verpflichtend zu belegenden Fächer jeweils mindestens 5 Punkte der einfachen Wertung ausweist,
- 5.11 der Nachweis über die erfolgreiche Teilnahme an den ersten Feststellungsprüfungen in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik des Telekollegs nach Besuch eines verpflichtenden Vorkurses und des ersten Trimesters des Telekollegs in Verbindung mit einer mindestens zweijährigen abgeschlossenen Berufsausbildung,
- 5.12 das Zeugnis über eine nach den Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) oder der Handwerksordnung (HandwO) mit Erfolg abgelegte Meisterprüfung,
- 5.13 das Zeugnis einer bayerischen Industrie- und Handelskammer oder einer bayerischen Handwerkskammer über eine der nachstehend genannten erfolgreich abgelegten Fortbildungsprüfungen gemäß §§ 53, 54 BBiG und §§ 42, 42a HandwO:
- a) Betriebswirt des Handwerks/Betriebswirtin des Handwerks
 - b) (Geprüfter) Bilanzbuchhalter/(Geprüfte) Bilanzbuchhalterin
 - c) Fachkaufmann/Fachkauffrau der verschiedenen Richtungen
 - d) Fachwirt/Fachwirtin der verschiedenen Richtungen
 - e) Geprüfter Handelsassistent/Geprüfte Handelsassistentin
 - f) Sparkassenbetriebswirt/Sparkassenbetriebswirtin
 - g) Verkaufsleiter/Verkaufleiterin im Nahrungsmittelhandwerk
 - h) (Geprüfter) Wirtschaftsassistent/(Geprüfte) Wirtschaftsassistentin
 - i) Geprüfter Wirtschaftsinformatiker/Geprüfte Wirtschaftsinformatikerin,
- 5.14 das Zeugnis der Landesanstalt für Landwirtschaft, der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau oder eines Fortbildungszentrums für Landwirtschaft und Hauswirtschaft über eine der nachstehend genannten erfolgreich abgelegten Fortbildungsprüfungen gemäß §§ 53, 54 BBiG:
- a) Geprüfter Natur- und Landschaftspfleger/Geprüfte Natur- und Landschaftspflegerin
 - b) Fachagrарwirt/Fachagrарwirtin Rechnungswesen
 - c) Fachagrарwirt/Fachagrарwirtin Besamungswesen
 - d) Geprüfter Fachagrарwirt/Geprüfte Fachagrарwirtin Baumpflege und Baumsanierung
 - e) Fachwirt/Fachwirtin Head – Greenkeeper
 - f) Fachagrарwirt/Fachagrарwirtin Leistungs- und Qualitätsprüfungen in der Tierproduktion
 - g) Fachagrарwirt/Fachagrарwirtin Erneuerbare Energien – Biomasse,
- 5.15 das 1972 oder später ausgestellte Abschlusszeugnis eines Grundausbildungslehrgangs für Sozialberufe, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen (u. a. zweijährige Ausbildung zur staatlich geprüften Kinderpflegerin und geprüften Hauswirtschaftsgehilfin, Durchschnittsnote des Abschlusszeugnisses mindestens 2,50),
- 5.16 das Abschlusszeugnis der neuen Schularten im Sekundarbereich I, die in Sachsen als Mittelschule, im Saarland und in Sachsen-Anhalt als Sekundarschule, in Thüringen als Regelschule und in Rheinland-Pfalz als Regionalschule (Schulversuch) bezeichnet werden, wenn im Zeugnis der Realschulabschluss bescheinigt ist (Nr. 1 des Beschlusses der Kultusministerkonferenz vom 25./26. Juni 1992),
- 5.17 das Zeugnis einer außerbayerischen Hauptschule über den mittleren Schulabschluss, das auf der Grundlage der Vereinbarung der Kultusministerkonferenz vom 3. Dezember 1993 über die Schularten und Bildungsgänge im Se-

kundarbereich I nach Abschluss der Vereinbarung erworben wurde,

- 5.18 das Abschlusszeugnis einer integrierten Gesamtschule, das der Rahmenvereinbarung für die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen an integrierten Gesamtschulen vom 27./28. Mai 1982 (Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 18. Mai 1984 (KMBl I S. 293); hier vor allem Nr. 5.6) oder den Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz vom 11. Oktober 1972 (Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 3. Januar 1973 (KMBl S. 101)), vom 24. Juni 1977 (Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 13. Februar 1978 (KMBl I S. 45)) oder vom 2./3. Dezember 1993 entspricht,
- 5.19 das Abschlusszeugnis einer außerbayerischen Berufsschule, das auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz über den Abschluss der Berufsschule vom 1. Juni 1979 in der Fassung vom 4. Dezember 1997 den mittleren Schulabschluss verleiht (Nr. 3.2 des Beschlusses der Kultusministerkonferenz),
- 5.20 das Versetzungszeugnis in die 11. Klasse einer Oberschule der ehemaligen DDR,
- 5.21 das Abschlusszeugnis einer Mittelschule (oder „10-Klassen-Schule“) der ehemaligen DDR,
- 5.22 das Abschlusszeugnis der 10-klassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule der ehemaligen DDR,
- 5.23 das Abschlusszeugnis einer außerbayerischen Berufsfachschule, das auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz über die Berufsfachschulen vom 28. Februar 1997 den mittleren Schulabschluss verleiht und nach Abschluss der Vereinbarung erworben wurde,
- 5.24 das vor 1997 erworbene Abschlusszeugnis einer außerbayerischen zweijährigen Berufsfachschule, die aufbauend auf der Jahrgangsstufe 9 der Hauptschule eine berufliche Grundbildung vermittelt und die vorher erworbene allgemeine Bildung (u. a. in Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache) erweitert, wenn das Zeugnis nach dem Schulrecht des betreffenden Landes den mittleren Schulabschluss verleiht.
6. Zuständig für die Anerkennung von ausländischen Bildungsnachweisen als Nachweis eines mittleren Schulabschlusses nach Art. 25 Abs. 3 BayEUG ist die Zeugnisanerkennungsstelle für den Freistaat Bayern, Postfach 40 20 40, 80720 München, Telefon 089 383849-0.
7. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft.

E r h a r d
Ministerialdirektor

2235.1.1.1-UK

Aufgaben des Fachberaters für den Ethikunterricht an Gymnasien

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 21. Mai 2007 Az.: VI.2-5 O 5125-6.46 802

Mit Wirkung vom 21. Mai 2007 werden die Aufgaben des Fachberaters für Ethik an den Gymnasien in Bayern wie folgt geregelt:

1. Unterrichtsbesuche

Der Fachberater steht außerhalb der dienstlichen Beurteilung für Unterrichtsbesuche zur Verfügung, gibt dabei Anregungen und berät in Fragen der Unterrichtsgestaltung. Die Erkenntnisse aus diesen Unterrichtsbesuchen finden keine Verwendung im Rahmen der dienstlichen Beurteilung. Über diese Unterrichtsbesuche legt der Fachbetreuer dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus einen anonym gehaltenen Sammelbericht vor. Dieses Angebot wird den Ethiklehrkräften auch im persönlichen Kontakt – z. B. auf Fortbildungsveranstaltungen – fortlaufend bekannt gemacht.

2. Beratung

Auf Antrag gibt der Fachberater Schulleitern, Fachbetreuern und Fachschaften Hilfestellung bei Fragen des Ethikunterrichts.

3. Fortbildungen

Er bietet Fortbildungen für die Fachlehrer, insbesondere für die Fachbetreuer an. Dies geschieht u. a. in Zusammenarbeit mit den zuständigen Referenten der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen und des ISB.

Der Fachberater unterstützt die regionalen Fortbildungsprogramme in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachreferenten der Ministerialbeauftragten für die Gymnasien in Bayern. Ferner hält er Kontakt zu den Seminarlehrern des Fachs Ethik und den Verantwortlichen für die Ethik-Studiengänge an den Universitäten.

Er fertigt jährlich eine Gesamtübersicht über das Fortbildungsangebot für Ethiklehrkräfte in Bayern an.

4. Mitwirkung bei der Nachqualifikation von Ethiklehrkräften

Der Fachberater ist als Prüfer bei der Zertifizierung von Ethiklehrkräften tätig.

5. Sonderaufgaben

Der Fachberater steht dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus für besondere Aufgaben zur Verfügung.

6. Vorlage eines Tätigkeitsberichts

Der Fachberater legt jährlich bis zum 30. Oktober einen Tätigkeitsbericht über das abgelaufene Schuljahr vor.

7. Die Bekanntmachung vom 1. Juni 1976 (KMBl I

S. 165), geändert durch Bekanntmachung vom 16. August 2006 (KWMBI I S. 230), wird aufgehoben.

Erhard
Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 209

2235.1.1.1-UK

Hilfsmittel bei der Anfertigung von schriftlichen Leistungsnachweisen an bayerischen Gymnasien

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 31. Mai 2007 Az.: VI.1-5 S 5500-6.8 314

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus legt fest, dass bei der Anfertigung von schriftlichen Leistungsnachweisen an Gymnasien folgende Hilfsmittel verwendet werden dürfen (vgl. § 54 Abs. 6, § 55 Abs. 2 Satz 2 und § 80 Abs. 4 Satz 2 der Schulordnung für die Gymnasien):

1. Hilfsmittel bei schriftlichen Leistungsnachweisen (ohne Abiturprüfung)

Bei der Anfertigung von schriftlichen Leistungsnachweisen (ohne Abiturprüfung) sind folgende Hilfsmittel zugelassen:

- 1.1 ab Jahrgangsstufe 8 (im Fach Natur und Technik – Schwerpunkt Physik ab Jahrgangsstufe 7) ein netzunabhängiger elektronischer Taschenrechner; dabei wird als Mindestausstattung für die zur Verwendung kommenden Rechner gefordert:

- achtstellige Anzeige
- Exponentendarstellung
- vier Grundrechenarten
- Vorzeichenwechsel, Kehrwert
- Quadrat und Quadratwurzel
- saldierender Speicher
- ein weiterer Speicher oder eine Klammerebene
- Konstante
- konstanter Faktor bzw. Divisor
- trigonometrische Funktionen (sin, cos, tan) einschließlich deren Umkehrfunktionen
- Umschalter Grad-Bogen
- Potenzfunktion
- Exponential- und Logarithmusfunktion.

Programmierbare Taschenrechner sind nicht zugelassen;

- 1.2 in Deutsch ab Jahrgangsstufe 9 ein Rechtschreibwörterbuch, das nach Erklärung des Verlags die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung vollständig umsetzt;

- 1.3 in Englisch, Französisch, Italienisch, Russisch und Spanisch ab Jahrgangsstufe 11 (neunjähriges Gymnasium) bei den Aufgabenstellungen Textaufgabe und Version ein vom Staatsministerium genehmigtes einsprachiges Wörterbuch; ab Jahrgangsstufe 10 (achtjähriges Gymnasium) bei der Aufgabenstellung Textaufgabe ein vom Staatsministerium genehmigtes zweisprachiges Wörterbuch;

- 1.4 in Griechisch und Latein ab Jahrgangsstufe 10 (achtjähriges Gymnasium) bzw. Jahrgangsstufe 11 (neunjähriges Gymnasium) ein vom Staatsministerium genehmigtes zweisprachiges Wörterbuch;

- 1.5 in Geschichte und Geografie ab Jahrgangsstufe 11 (achtjähriges Gymnasium) bzw. Jahrgangsstufe 12 (neunjähriges Gymnasium) die vom Staatsministerium genehmigten Atlanten;

- 1.6 in Sozialkunde ab Jahrgangsstufe 11 (achtjähriges Gymnasium) bzw. Jahrgangsstufe 12 (neunjähriges Gymnasium) eine Textausgabe des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung ohne Kommentar;

- 1.7 in Wirtschaft und Recht ab Jahrgangsstufe 11 (achtjähriges Gymnasium) bzw. Jahrgangsstufe 12 (neunjähriges Gymnasium) unkommentierte Textausgaben des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Strafgesetzbuches, des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung; im Leistungskurs unkommentierte Textausgaben auch des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes mit Nebengesetzen;

- 1.8 in Religionslehre die Bibel;

- 1.9 in mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern ab Jahrgangsstufe 10 (achtjähriges Gymnasium) bzw. Jahrgangsstufe 11 (neunjähriges Gymnasium) stochastische Tabellen und die vom Staatsministerium genehmigten Formelsammlungen bzw. Merkhilfen (inklusive Periodensystem der Elemente).

2. Hilfsmittel bei der schriftlichen Abiturprüfung

Die für die Jahrgangsstufen 11 und 12 (achtjähriges Gymnasium) bzw. 12 und 13 (neunjähriges Gymnasium) unter Nr. 1 zugelassenen Hilfsmittel sind auch als Hilfsmittel für die Bearbeitung der Aufgaben der schriftlichen Abiturprüfung zugelassen. Die Formelsammlungen in Mathematik und Physik müssen für die Verwendung in der Abiturprüfung eigens genehmigt sein.

3. Hervorhebungen und Verweisungen

Die Hilfsmittel dürfen Hervorhebungen, jedoch keine Kommentare enthalten. Verweisungen sind – außer bei Formelsammlungen – gestattet.

4. Ausschluss von Hilfsmitteln

Die Benutzung der Hilfsmittel kann in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern bis ein-

schließlich zur Jahrgangsstufe 10 (des achtjährigen Gymnasiums) und 11 (des neunjährigen Gymnasiums) in Ausnahmefällen ausgeschlossen werden, wenn es die Lehrkraft zu einer sachgemäßen Prüfung des Lehrstoffs für erforderlich hält.

5. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 2007 in Kraft.

Dr. Berggreen-Merkel
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2007 S. 210

2230.1.1.1.1.4-UK

Zulassung von Lernmitteln

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

vom 18. Juni 2007 Az.: III.4-5 S 1321.1-5.64 547

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit ^R gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

Lernmittelfreie Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Deutsch – Für sich und andere schreiben

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

^R**Wörterbuch für die Grundschule**, Ausg. B, v. Winter, ISBN 978-3-14-125590-4, Aufl. 06/**Druck B¹⁰⁶**, 9,50 €, ZN 148/02-V (12.06.07)

Realschule

Betriebswirtschaftslehre / Rechnungswesen

Wolf im Bildungsverlag EINS, Troisdorf:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

BWR mit Spannung und Spaß, v. Heidysch u.a.:

^{R7}: ISBN 978-3-523-74100-1, 2. Aufl. 07, 18,80 €, ZN 150/01-R6 (18.06.07)

Gymnasium

Deutsch – Lesebücher

C.C. Buchners Verlag, Bamberg:

Das Buchner Lesebuch, hrsg. v. Hotz/Rötzer:

^{R8}: ISBN 978-3-7661-3808-8, 1. Aufl. 07, 17,80 €, ZN 60/07-G8 (02.05.07)

Informatik

Oldenbourg Schulbuchverlag, München:

Informatik, v. Brichzin u.a.:

^{R1}: *Funktionale Modellierung – Datenmodellierung*, ISBN 978-3-486-00156-3, 1. Aufl. 07, 16,95 €, ZN 109/07-G8 (12.06.07), zugl. f.d. Jgst. 9

Latein – Lesebücher / Texte mit ausführlicher inhaltlicher Erläuterung

Oldenbourg Schulbuchverlag, München/

C.C. Buchners Verlag, Bamberg/

J. Lindauer Verlag, München:

Transcursus, Texte zur Übergangslektüre Cursus, Ausgabe A/B, hrsg. v. Maier/Brenner, zugl. f.d. Jgst. 8 u. 9:

^R**Aufbruch in ferne Welten – Marco Polo reist in den Fernen Osten/Christoph Kolumbus entdeckt Amerika**: ISBN 978-3-486-00277-5, 1. Aufl. 07, 8,90 €, ZN 71/07-G (02.05.07)

^R**Kaiser, Helden und Götter – Geschichten aus den Gesta Romanorum**: ISBN 978-3-486-00278-2, 1. Aufl. 07, 8,90 €, ZN 82/07-G (02.05.07)

Ovid-Verlag, Rudolf Henneböhl, Bad Driburg:

LATEIN KREATIV, Lateinische Lektürebande mit kreativer Ausrichtung, hrsg. v. Henneböhl:

^{R1}: **Ovid – Metamorphosen**, ISBN 978-3-938952-02-3, 2. verbess. Aufl. 07, 14 €, ZN 14/07-G8 (05.06.07), zugl. f.d. Jgst. 10

Berufsschule

Deutsch

Verlag Handwerk und Technik, Hamburg:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2

Oldenbourg GmbH, Publishing Service

Hürderstraße 4, 85551 Kirchheim b. München, Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

^RSprechen, Schreiben – Kommunizieren, Deutsch für berufliche Schulen, v. Busch u.a., ISBN 978-3-582-01491-7, 3. akt. Aufl. 07, 22,80 €, ZN 137/03-B (06.06.07)

Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige Lernmittel

Allgemein bildende Schulen

Grundschule

Deutsch – Die Schriftsprache erwerben

Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Auflage weiterhin als zugelassen:

^RBuchstabenheft zur Sicherung der Druckschrift, Bayern, v. Odersky, ISBN 978-3-14-125065-7, Aufl. 04/**Druck B³07**, 7,75 €, ZN 218/01-V (06.06.07)

Hauptschule

Englisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Let's go – Workbook, Bayern:

R4: v. Daymond u.a., ISBN 978-3-12-547445-1, 1. Aufl. 07, 7,95 €, ZN 48/07-V (23.05.07), zugl. f.d. Jgst. 8

Let's go – Workbook für M-Züge, Bayern:

R4: v. Daymond u.a., ISBN 978-3-12-547485-7, 1. Aufl. 07, 8,95 €, ZN 49/07-V (23.05.07), zugl. f.d. Jgst. M8

Realschule

Deutsch – Sprachlehre und Rechtschreiben

**C.C. Buchners Verlag, Bamberg/
Oldenbourg Schulbuchverlag, München:**

Kombiniere Deutsch – Arbeitsheft, hrsg. v. Gaiser u.a.:

R6: ISBN 978-3-7661-3772-2, 1. Aufl. 07, 8 €, ZN 61/07-R6 (23.05.07)

Französisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Tous ensemble – Cahier d'activités, v. Froese u.a.:

R4: ISBN 978-3-12-523963-0, 1. Aufl. 07, 7,95 €, ZN 16/07-R6 (23.05.07), zugl. f.d. Jgst. 10

Gymnasium

Französisch

Ernst Klett Verlag, Stuttgart:

Découvertes – Cahier d'activités, zugl. in Französisch als **1.** und **2. FS:**

R4: v. Bruckmayer u.a., ISBN 978-3-12-523863-3, 1. Aufl. 07, 7,95 €, ZN 84/07-G8 (02.05.07), zugl. f.d. Jgst. 8 bzw. 9

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt jeweils mit Wirkung des in Klammern angegebenen Datums in Kraft.

Erhard

Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 211

Herausgegeben von den Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst, Salvatorstraße 2, 80333 München. Vertrieb: Oldenbourg GmbH, Publishing Service, Hürderstraße 4, 85551 Kirchheim b. München. Gesamtherstellung: Oldenbourg GmbH, Publishing Service, Hürderstraße 4, 85551 Kirchheim b. München. Bezugsbedingungen: Das Amtsblatt der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst wird im Namen und für Rechnung der Herausgeber von Oldenbourg GmbH, Publishing Service, ausgeliefert. Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 31.10. jeden Jahres bei Oldenbourg GmbH, Publishing Service, vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Oldenbourg GmbH, Publishing Service, Hürderstraße 4, 85551 Kirchheim b. München, Telefon (089) 95462-108, Fax (089) 95462-119. Bezugspreis: 64,40 € jährlich einschließlich Porto und Verpackung. Preis der Einzelnummer je nach Umfang zuzüglich Porto und Verpackung. Erscheinungsweise: nach Bedarf, in der Regel vierundzwanzigmal jährlich.

Preis der vorliegenden Nummer 4,60 € zuzüglich Porto und Verpackung.

ISSN 0931-4059